



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe September/Oktober 2019

Mehr Menschen mit Migrationshintergrund

Im vergangenen Jahr lebten in Deutschland rund 20,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Das war jeder vierte Bundesbürger, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte. Nach den Angaben der Behörde bedeutete dies gemessen am Vorjahr (2017: 20,3 Millionen) einen Zuwachs von 2,5 Prozent. Eine Person weist per Definition einen Migrationshintergrund auf, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde.

Von den 20,8 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund waren rund 13,5 Millionen nicht hierzulande geboren, sondern im Laufe ihres Lebens zugewandert. Als wichtigstes Migrationsmotiv nannten 48 Prozent der Zugewanderten familiäre Gründe, bei weiteren 19 Prozent war es die Aufnahme bzw. Suche nach einer Beschäftigung in Deutschland. Für 15 Prozent der Zugewanderten stellen Flucht und Asyl das Hauptmotiv dar. Und 5 Prozent gaben an, zum Studieren bzw. wegen einer Aus- oder Weiterbildung nach Deutschland gekommen zu sein.



Zahl der Geflüchteten erreicht neues Rekordhoch

Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie 2018. Laut einem aktuellen Bericht des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) flohen im vergangenen Jahr rund 70,8 Millionen Menschen vor Konflikten, Gewalt, Verfolgung oder der Verletzung von Menschenrechten. Im Jahr zuvor hatte das UNHCR die Gesamtzahl der weltweit Geflüchteten noch auf 68,5 Millionen geschätzt. Die UN-Organisation geht davon aus, dass langfristig immer mehr Menschen flüchten werden.

Umfrage: Obacht bei Tabuthemen

Meinungsfreiheit ist in Deutschland zwar per Grundgesetz garantiert. Doch in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach gaben jüngst fast zwei Drittel der befragten Bundesbürger an, man müsse im öffentlichen Raum „sehr aufpassen“, was man sagt. Das berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). Demnach erscheint der großen Mehrheit der Deutschen insbesondere das Flüchtlingsthema als heikel. Danach folgen Meinungsäußerungen zu Muslimen und dem Islam. Zu den brisanten Themen zählen für die meisten Befragten zudem die Nazizeit und Juden. Knapp die Hälfte der befragten Bundesbürger halten darüber hinaus Gespräche über Rechtsextremismus sowie über die Partei AfD für problematisch.

Dabei trennt die Bevölkerung laut Allensbach deutlich zwischen Meinungsäußerungen im öffentlichen Raum und im privaten Kreis: In der Öffentlichkeit halten sich die meisten mit Äußerungen zu vermeintlichen Tabuthemen lieber zurück.

Der Mythos von der „guten Kolonialmacht“

Die deutsche Kolonialvergangenheit und ihre Folgen

Es liegt schon längere Zeit zurück, dass Deutschland zu den Kolonialnationen zählte. Rund hundert Jahre ist es her, dass das Deutsche Reich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs seine „Schutzgebiete“ in Afrika, China und der Südsee aufgeben und an die Siegermächte abtreten musste. Doch zahlreiche Vorurteile, Klischees und Sichtweisen aus der kolonialen Vergangenheit leben bis heute fort und prägen weiterhin die Einstellung zu Afrikanern bzw. Entwicklungsländern allgemein, wie Historiker mahnen.

Foto: Stock, Ntamasic



Und dabei beziehen sie sich beileibe nicht nur auf die immer noch andauernden Diskussionen um die Rückgabe von Kunstschätzen, die während der Kolonialzeit geraubt wurden und nach wie vor in Museen der ehemaligen Kolonialmächte ausgestellt werden. Vielmehr bestehen verklärende Narrative – insbesondere die deutsche Kolonialzeit betreffend – weiter fort, in denen von den Zivilisierungsleistungen und Bildungsanstrengungen der Kolonialherren bei den unterentwickelten indigenen Völkern die Rede ist. Bei dieser „Geschichtsklitterung“ wird versucht, die Unterwerfung der einheimischen Bevölkerung unter aufgezwungene Fronherrschaften, Ausbeutung, Ausplünderung bis hin zu Mord und Terror in den Hintergrund zu drängen, wie die Historiker kritisieren. Aus ihrer Sicht schwingt hierbei weiterhin eine rassistische Denkweise mit, die bis in die Gegenwart die Einstellung vieler Europäer etwa Afrikanern gegenüber prägt.

Für Deutschland begann das aktive koloniale Zeitalter im Vergleich mit anderen europäischen Nationen erst spät. Im 19. Jahrhundert wetteiferten die Weltmächte um die Erforschung und Annektierung der letzten weißen Flecken auf den Landkarten. Dabei begründeten die Europäer ihre Ansprüche und Angriffe auf fremde Gebiete mit der Überlegenheit ihrer Staatswesen, ihrer Kultur sowie ihrer moralischen und religiösen Werte, leiteten daraus eine natürliche Vorherrschaft ab. Die europäische Hegemonie diente als Rechtfertigung für die Angriffe auf Fremdgebiete, für körperliche Misshandlung und emotionale Demütigung der Bewohner sowie für die wirtschaftliche Ausbeutung der Ressourcen des Kontinents, wie die Historikerin Paulette Reed-Anderson den europäischen Imperialismus und Kolonialismus zusammenfasst.

„Platz an der Sonne“

An dieser Verteilung der Welt unter europäischer Vorherrschaft wollte Deutschland als „Weltmacht“ ebenfalls seinen Anteil haben und gleichfalls „Weltpolitik“ betreiben: Entsprechend formulierte Bernhard von Bülow (1849-1929), zunächst Staatssekretär im Auswärtigen Amt und von 1900 bis 1909 Reichskanzler sowie preußischer Ministerpräsident, im Winter 1897 vor dem Reichstag den deutschen Anspruch auf Kolonialbesitz als „das Verlangen nach unserem Platz an der Sonne“. Mit der Einnahme die-

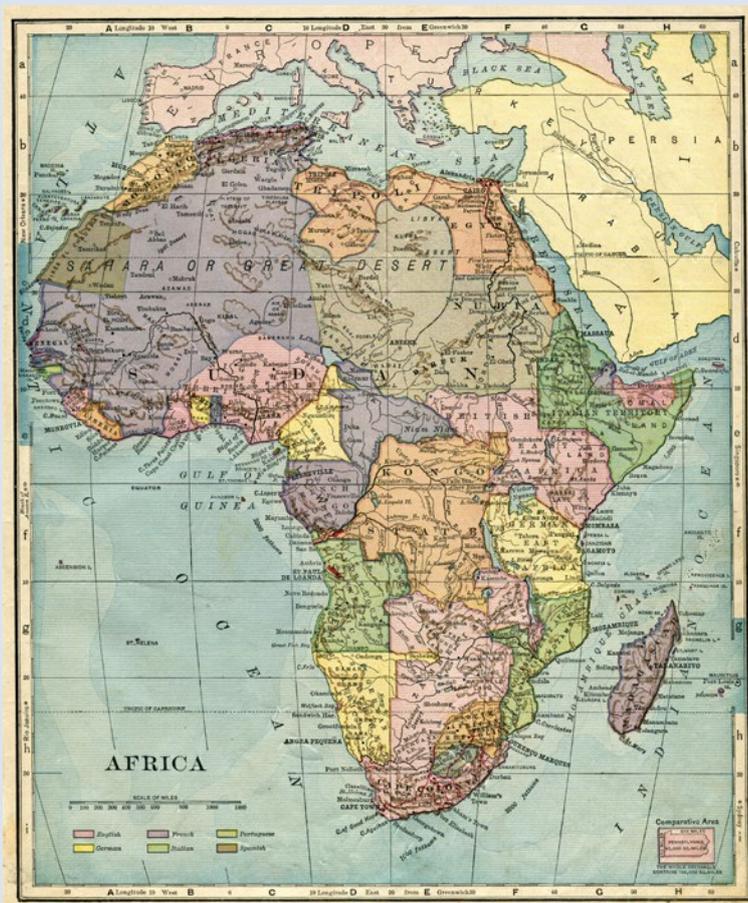


Abbildung: iStock, travelert116

ses „Platzes an der Sonne“ gingen Eroberungskriege einher, die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen in den Kolonien sowie die Enteignung und Unterdrückung der dortigen „Eingeborenen“, bis hin zur blutigen Niederwerfung von Aufständen in Afrika gegen das deutsche Kolonialsystem. Flächenmäßig eroberte das Deutsche Reich das größte Kolonialterritorium nach Großbritannien und Frankreich: mit Gebieten in Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), Kamerun (Westafrika), Togo (Westafrika), Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Burundi und Ruanda), Deutsch-Neuguinea (heute Norden Papua-Neuguineas), den Marshallinseln (Pazifik), Nauru (Pazifik) sowie Kiautschou (Nordostchina).

Unterm Strich blieb die deutsche Kolonialpolitik jedoch ein unrentables Zuschussgeschäft für das Reich, wie die Historiker konstatieren. Demnach soll sich lediglich Togo finanziell selbst getragen haben. So hält der Historiker Wolfgang Reinhard als ein Grundmuster des europäischen Kolonialismus fest, dass die öffentlichen Hände mehr oder we-

niger notgedrungen Infrastrukturkosten übernehmen, ohne unmittelbar entsprechenden Gewinn aus den Kolonien zu ziehen, während die privaten Hände satte Gewinne aus Kolonialgeschäften einstrichen.

Allerdings waren es nicht allein wirtschaftliche, strategische oder weltpolitische Gründe, die das Deutsche Reich dazu brachten, sich Kolonien anzueignen. Diese Intention war ebenfalls einem gewissen Zeitgeist geschuldet, der sich in einem undefinierbaren Fernweh niederschlug, einer Art „Tropenfieber“, wie es damals hieß. Dieses Verlangen speiste sich aus Reiseberichten und Abenteuerromanen, welche den Reiz des Exotischen verbreiteten. Dabei blieb eine realistische Wahrnehmung der Lebensumstände und insbesondere der Menschen in den Kolonialgebieten vielfach auf der Strecke. Vielmehr dominierte die Darstellung der Einheimischen als Primitive, Rückständige, die an den Segnungen der überlegenen europäischen Kultur wachsen sollten.

Grundsätzliche Unterschiede

In der Faszination am Exotischen fand zugleich die grundsätzliche imperialistische Überzeugung Ausdruck von den Unterschieden zwischen höher- und minderwertigen, stärker oder weniger entwickelten, fortschrittlichen und rückschrittlichen Völkern. Sie setzte sich später im Rassenwahn der Nazis fort. Aus der Kolonialzeit stammt auch der Begriff vom „Volk ohne Raum“, den die Nationalsozialisten dann zur Begründung für ihre Expansionsansprüche in Osteuropa ummünzten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der deutsche Kolonialismus im Zuge der Aufarbeitung der Nazizeit in den Hintergrund des öffentlichen Bewusstseins gedrängt. Oder es kursierten Narrative, wie das von den guten deutschen Kolonialherren, die in ihren Schutzgebieten den Eingeborenen die Zivilisation brachten. In der vermeintlich kurzen deutschen Kolonialzeit sei alles nicht so schlimm gewesen, wird gern rückblickend kolportiert, jedenfalls längst nicht so arg wie bei anderen imperialen Mächten.

Doch Historiker wie etwa Paulette Reed-Anderson sehen das rassistische und imperialistische Gedankengut aus der Zeit von Mitte des 19. Jahrhunderts bis Mitte des 20. Jahrhunderts bis heute nachwirken und bewerten dies als eine Belastung im Verhältnis mit Entwicklungsländern, aber auch mit farbigen Mitbürgern hierzulande. Darin, wie selbst in der Entwicklungspolitik des Westens, wirkten noch alte Fantasien aus der Kolonialzeit nach, mahnen diese Historiker, von den substanziellen Defiziten des rückständigen „Globalen Südens“ und der missionarischen Aufgabe der überlegenen europäischen Kultur.

Jeder **zweite** Deutsche sieht im **Islam** eine **Bedrohung**



Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung hervor, der das Verhältnis von Religion und politischer Kultur thematisiert. Demnach empfindet rund die Hälfte der Befragten den Islam als Bedrohung. In Ostdeutschland sei dieser Anteil mit 57 Prozent noch höher als in Westdeutschland mit 50 Prozent, teilte die Stiftung mit.

„Offenbar sehen viele Menschen den Islam derzeit weniger als Religion, sondern vor allem als politische Ideologie an und nehmen ihn deswegen von der religiösen Toleranz aus“, kommentierte die Religions-Expertin der Bertelsmann Stiftung, Yasemin El-Menouar, die Ergebnisse des Religionsmonitors. Hierzu trugen aus ihrer Sicht auch die gesellschaftlichen Debatten und Medienberichte der vergangenen Jahre bei, die den Islam häufig in einen negativen und kritischen Zusammenhang gerückt hätten, so El-Menouar.

Skepsis gegenüber dem Islam bedeute jedoch noch keine Islamfeindlichkeit, stellt die Bertelsmann Stiftung fest. Demnach hat nur eine Minderheit der Bürger in Deutschland eine deutlich islamfeindliche Sicht und fordert etwa, die Zuwanderung von Muslimen zu unterbinden.

Foto: iStock - Studier72

Nur rund ein Drittel der deutschen Bevölkerung betrachtet den Islam als Bereicherung der Gesellschaft. Christentum, Judentum, Hinduismus und Buddhismus hingegen werden von einer Mehrheit als bereichernd empfunden. Das geht aus dem aktuellen

Hilfe beim **Kontakt** zum Arbeitgeber verbessert **Jobchancen** Geflüchteter

Viele Geflüchtete wissen nicht, wie man sich in Deutschland auf eine Stelle bewirbt. Das erschwert es ihnen, auf dem Arbeitsmarkt Erfolg zu haben. Wie das ifo Institut als Ergebnis einer Befragung unter 400 Geflüchteten mitteilte, stellt für 67,7 Prozent von ihnen die deutsche Sprache eine große Herausforderung dar. 38 Prozent der Befragten wissen demnach nicht, wo sie nach Arbeit suchen sollen. Und 10,2 Prozent von ihnen kommen mit den bürokratischen Hürden in Deutschland nicht zurecht. Bei 9,9 Prozent reichen laut der ifo-Studie die Fähigkeiten nicht aus, um einen Job zu bekommen.

Erhalten die Geflüchteten jedoch Unterstützung beim Erstkontakt zum Arbeitgeber, verbes-

sern sich ihre Erfolgchancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt erheblich, stellte das ifo Institut bei einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), MEDAM und der Universität Glasgow fest. In dessen Rahmen erhielten die Geflüchteten Lebensläufe in deutscher Sprache. Zusätzlich bekam ein Teil von ihnen Hilfe beim Versenden der Lebensläufe an Firmen. Nach einigen Monaten habe sich gezeigt, dass besonders nicht anerkannte Geflüchtete sowie Geflüchtete mit unterdurchschnittlichem Bildungsstand von dieser zusätzlichen Hilfe profitierten, berichtet das ifo Institut.



Foto: iStock, SilviuJansen

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Schürmannstraße 22 a
45136 Essen
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Grugaplatz 2-4
45131 Essen

 Stiftung
Soziale Dienste